

TÜRKEI

Schwieriger Erfolg

Die Regierung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan kommt derzeit ausgerechnet durch ihre erfolgreiche Kurdenpolitik in Bedrängnis: Nach der spektakulären Rückkehr von 30 Anhängern der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK aus dem Nordirak in der vergangenen Woche hat die Gruppe jetzt angekündigt, weitere Genossen in die Türkei zu schicken – darunter auch



PKK-Heimkehrer

eine „Friedensdelegation“ kurdischer Exilanten aus Europa. Laut kurdischen Presseberichten folgen die Heimkehrer einem Aufruf des inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan, der sich mit der Kurdeninitiative der Erdogan-Regierung arrangiert zu haben scheint. Deshalb könnten in den nächsten Monaten gleich mehrere tausend Mitglieder und Anhänger der PKK aus ihren Lagern im Nordirak zurückkehren. Sie hoffen auf ein Amnestieversprechen Erdogans: Anders als in der Vergangenheit wurden die jetzt zurückgekehrten PKK-Kämpfer von den türkischen Behörden zwar befragt, aber nicht festgenommen. Widerstand gegen diese Praxis kommt etwa von der nationalistischen Opposition: „Hier wurde nicht die PKK der Türkei übergeben, sondern die Türkei der PKK“, wetterte beispielsweise der Chef der rechtsextremen MHP. Dass die Rebellen aus den Bergen in ihrer türkischen Heimat volksfestartig als „Helden“ und „Guerillakämpfer“ gefeiert werden, macht allerdings auch Erdogan zu schaffen. Trotzdem bleibt der Premier bei seinem versöhnlichen Kurs: „Dies ist die Zeit für Dialog und Frieden, nicht für Shows.“



Demonstration von Siedlern bei Jerusalem

NAHOST

„Israel handelt kontraproduktiv“

Tony Blair, 56, ehemaliger britischer Premier und Repräsentant des aus der Uno, USA, Russland und Europa bestehenden Nahost-Quartetts, über das Stocken der Palästina-Verhandlungen

SPIEGEL: Die Israelis betonen, sie hätten das Leben der Palästinenser im Westjordanland in den vergangenen Monaten erleichtert. Sind Sie damit zufrieden?

Blair: Es stimmt, dass wir Fortschritte machen. In den Autonomiestädten wächst die Wirtschaft, dort sorgen die Palästinenser selbst für Sicherheit. Und die Israelis haben viele ihrer Armee-Kontrollpunkte abgebaut. Aber all das ist kein Ersatz für politische Verhandlungen. Die Lage ist nach wie vor fragil, die israelische Armee dringt noch immer in palästinensische Städte ein.

SPIEGEL: Können Sie verstehen, dass sich Palästinensenchef Mahmud Abbas nicht mit Israels Premier Benjamin Netanjahu treffen will?

Blair: Ich hoffe, die Gespräche werden in einigen Wochen doch noch beginnen. Die Israelis sagen, sie wollen Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Die Palästinenser aber haben die Sorge, dass die Israelis einfach nur reden wollen. Abbas will die Sicherheit haben, dass er nicht in endlose Verhandlungen eintritt, bei denen das Ziel nicht feststeht.

SPIEGEL: Abbas ist auch enttäuscht, dass US-Präsident Barack Obama von seiner Forderung nach einem vollständigen Stopp des Siedlungsbaus Abstand genommen hat.

Blair: Die Amerikaner diskutieren noch mit den Israelis über die Siedlungsfrage. Ein Siedlungsmoratorium soll verhindern, dass Fakten geschaffen werden, die einer Friedenslösung entgegenstehen.

SPIEGEL: Aber das tun doch die bestehenden Siedlungen schon.

Blair: Richtig. Derzeit sind 60 Prozent des Westjordanlandes sogenannte C-Gebiete ...



Blair

SPIEGEL: ... in denen Israel die zivile und militärische Kontrolle ausübt ...

Blair: ... und diese Gebiete können die Palästinenser nicht entwickeln. Daher wäre es das Beste, wenn Israelis und Palästinenser so schnell wie möglich zu einer Übereinkunft kämen. Dann wüssten wir, welche Siedlungen geräumt werden und welche bleiben.

SPIEGEL: Muss die in Gaza herrschende Hamas einbezogen werden, um den Konflikt zu lösen?

Blair: Man kann die Hamas genauso wenig ignorieren wie Gaza. Die Lage dort beunruhigt mich sehr. Israel blockiert den Gaza-Streifen und handelt damit kontraproduktiv. Die Wahrheit ist doch: Die Hamas bekommt durch die Schmugglertunnel alles, was sie will.

SPIEGEL: Die Israelis sind gegen eine Versöhnung von Fatah und Hamas.

Blair: Ich bin aber dafür, wenn die Einigung mit der angestrebten Zwei-Staaten-Lösung harmonisiert. Irgendwann muss es zur Versöhnung von Gaza und dem Westjordanland kommen – sonst wird es nie einen palästinensischen Staat geben.